



BESCHLUSS DES ENGEREN AUSSCHUSSES
DES VERWALTUNGSRATS
vom 23. März 2022
zur Änderung der Regel 16 der Durchführungs-
ordnung zum einheitlichen Patentschutz

DER ENGERE AUSSCHUSS DES VERWALTUNGSRATS DER EUROPÄISCHEN
PATENTORGANISATION,

gestützt auf die Verordnungen (EU) Nr. 1257/2012 und Nr. 1260/2012,

gestützt auf Regel 2 Absatz 1 Buchstabe a der Durchführungsordnung zum einheitlichen
Patentschutz,

BESCHLIESST:

Artikel 1

Regel 16 (1) der Durchführungsordnung zum einheitlichen Patentschutz wird wie folgt
geändert:

Unterabsatz w erhält folgende Fassung:

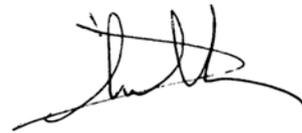
"Angaben zu einer Niederlassung des Anmelders zum Zeitpunkt der Einreichung der
Anmeldung des europäischen Patents gemäß Artikel 7 Absatz 1 b) der
Verordnung (EU) Nr. 1257/2012, die vom Inhaber des europäischen Patents
zusammen mit dem Antrag auf einheitliche Wirkung nach Regel 6 mitgeteilt werden
können;"

Artikel 2

Regel 16 der Durchführungsordnung zum einheitlichen Patentschutz in der in Artikel 1 dieses Beschlusses geänderten Fassung tritt am Tag des Geltungsbeginns der Verordnungen (EU) Nr. 1257/2012 und Nr. 1260/2012 gemäß Artikel 18 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1257/2012 und Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 1260/2012 in Kraft.

Geschehen zu München am 23. März 2022

Für den Engeren Ausschuss des
Verwaltungsrats
Der Vorsitzende



Jérôme DEBRULLE